A8

Antrag

Initiator*innen: Tobias Goldschmidt (KV Plön)

Titel: **Klimaschutz vorantreiben, auch wenn der Wind von vorne kommt!**

Antragstext

Einerseits: Das Jahr 2024 war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnung in Schleswig-Holstein. Die Klimakrise ist voll da, und das gilt auch für unser Land. Die Ostsee hat sich in den vergangenen dreißig Jahren um 2 °C erwärmt. Die globale Durchschnittstemperatur hat sich gegenüber dem Zeitraum 1850-1900 um rund 1,2 °C erwärmt. Die CO_2-Emissionen stiegen 2024 erneut um 0,8 %. Extremwettereignisse nehmen zu. Die Zahl der Hitzetoten in Europa steigt jährlich. Schon jetzt liegt die Zahl in den Zehntausenden. Weltweit werden zig Millionen Menschen von der Klimakrise zur Flucht gezwungen. Es ist von entscheidender Bedeutung für jeden Winkel dieser Erde, dass auf der Weltklimakonferenz in Belem Fortschritte gemacht werden. Das gilt auch für das Küstenland Schleswig-Holstein.

Andererseits: Weltweit waren im Jahr 2024 etwa 92,5% der zugebauten Kraftwerkskapazitäten zur Energieerzeugung erneuerbare Kraftwerkskapazitäten. Im Jahr 2023 erreichten Erneuerbare global erstmals einen Anteil von 30% am Strommix. In Schleswig-Holstein werden schon heute rund 200% des Strombedarfs rechnerisch aus Erneuerbaren Energien gedeckt. Erneuerbare Energien haben seit 2022 maßgeblich dazu beigetragen, die Abhängigkeit Deutschlands und der EU von fossilen Energieimporten zu reduzieren und Energiepreise zu senken und sie ermöglichen gerade in Schleswig-Holstein neue wirtschaftliche Perspektiven. Die Energiewende stärkt die Bedeutung unseres Landes in Deutschland und in Europa.

Trotz des Erfolgszuges der Erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein, Deutschland und der Welt und der dramatischen Entwicklung der Klima-Kennzahlen in Schleswig-Holstein, Deutschland und der Welt stand Klimaschutzpolitik und -engagement selten so unter Druck wie heute: Diskussionen über eine Abkehr vom

Aus für Neuzulassungen von Pkw mit fossilen Verbrennungsmotoren ab 2035, diffuse Debatten um das Gebäudeenergiegesetz, gefährliches Hintertreiben des 1,5 °C-Ziels auf Bundes- und EU-Ebene und eine irrlichternde Bundeswirtschaftsministerin mit großem Faible für Gaskraftwerke prägen die politische Klimadebatte.

Für uns Grüne ist klar: Der häufig gegen den Klimaschutz ins Feld geführte „gesunde Menschenverstand“ duldet keine Wackelei bei Klimaschutz, Artenvielfalt und Energiesouveränität. Kapitulation ist keine Option!

Schleswig-Holstein beweist, dass ambitionierter Klimaschutz und wirtschaftliche Prosperität kein Widerspruch sind. Vielmehr kann eine ambitionierte Energiewende- und Klimaschutzpolitik zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil werden. Netto-Null-Technologien gehören zu den Märkten, in denen die EU noch global eine Innovations- und Technologieführerschaft hat. Hier gilt es anzusetzen, Ansiedlungen zu fördern, Schleswig-Holsteins Vorreiterrolle beim EE-Ausbau geschickt zu verknüpfen mit den Bedürfnissen der energieintensiven Industrie und so einen echten Standortvorteil zu erwirken.

Schleswig-Holstein ist eines von vier deutschen Ländern in dem derzeit ein Net-Zero Acceleration Valley entsteht. Die EU möchte in diesen Regionen Produktionskapazitäten für sogenannte Netto-Null-Technologien stärken. Auch hier zeigt sich: Schleswig-Holstein ist beim notwendigen Strukturwandel ganz vorne dabei. Wir unterstützen diesen Kurs.

Jährlich werden fast 1 Mrd. Euro in Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein investiert. Jährlich werden fast 500 Mio. Euro in die Stromnetze in Schleswig-Holstein investiert. Aus der Gewerbesteuer fließen hohe Millionenbeträge in unsere Kreise und Gemeinden. Bürgerwindparks lassen Bürger*innen an der Energiewende teilhaben. Der Bürgerenergiefonds der Landesregierung ist regelmäßig überzeichnet und mit einem Volumen von rund 10 Mio. Euro in dieser Wahlperiode bereits um über 200% gewachsen. Die Wärmewende ist ein regelrechtes Konjunkturprogramm für Handwerk, Stadtwerke und Tiefbauunternehmen. Die Investitionen in Batteriespeicher erreichen mittlerweile auch dreistellige Millionenbeträge. Investor*innen suchen die Nähe zu Umspannwerken und Erneuerbarem Strom. Beides finden sie in Schleswig-Holstein.

Der wirtschaftliche Aufbruch, den Deutschland verzweifelt sucht, ist in Schleswig-Holstein längst Realität. Und es ist ein grüner Aufbruch. Wir Grüne haben die Energiewende in Schleswig-Holstein seit 2012 in Schwung gebracht und sind zuverlässiger Ansprechpartner für die Industrie vor Ort, die sich auf den Weg in Richtung Klimaneutralität macht. Während andere Rückwärtsdebatten führen und den Wandel bekämpfen, nehmen wir ihn volley und arbeiten wir an einer guten Zukunft.

Damit dieser grüne Aufschwung auch sein volles Potenzial entfalten kann fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein:

- Die Klimaziele dürfen nicht aufgeweicht werden. Wir stellen uns diesen Versuchen, in Schleswig-Holstein, im Bund und auf europäischer Ebene entgegen. Maßnahmen zur Erreichung müssen ambitioniert vorangetrieben werden. Das 1,5 Grad Ziel ist einzuhalten, und zwar in allen Sektoren und auf allen staatlichen Ebenen.

- Um den erforderlichen Finanzierungsbedarf für die Transformation sicherzustellen, müssen Mittel aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) sowie aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität konsequent für echte, zukunftsgerichtete Klimaschutzprojekte verwendet werden. Einer Zweckentfremdung muss ein Riegel vorgeschoben werden. Zusätzlich muss die angekündigte Reform der Schuldenbremse zur Finanzierung der Klimatransformation kommen.

- Um Klimaschutz möglichst kosteneffizient umzusetzen, halten wir weiterhin an Marktmechanismen als Leitinstrument der Klimapolitik fest. Der europäische Emissionshandel für Gebäude und Verkehr (ETS II) muss 2027 wie geplant starten. Die Debatte über Ausnahmen vom ETS II und Verzögerungen bei der Einführung sind ein Risiko für die Planungssicherheit von Unternehmen und Verbraucher*innen. Im Übergang des nationalen Emissionshandels zum ETS-II muss auf Kontinuität der CO2-Preise geachtet werden, dafür ist ein nationaler, möglichst gemeinsam mit anderen EU-Staaten umzusetzender Mindestpreis vorzusehen.

- Für BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Einnahmen aus der CO2-Bepreisung sozial gerecht in die Gesellschaft zurückfließen müssen. Von zentraler Bedeutung ist, auch einkommensschwachen Haushalten Unterstützung zukommen zu lassen, wie sie sich aus dem fossilen Lock-In befreien können. Daher ist eine Unterstützung sowohl von Klimaschutzmaßnahmen als auch finanzielle Kompensation für steigende Energiepreise insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen zwingend erforderlich. Die Bundesregierung muss zügig den geforderten Klimasozialplan vorlegen und darüber hinaus Investitionen und Fördermaßnahmen verstärkt auf die Handlungsmöglichkeiten dieser Gruppen ausrichten. Es muss regulativ sichergestellt werden, dass Investitionen nicht vollständig auf den Mieter*innen abgeladen werden sondern fair aufgeteilt werden.

- Eine Absenkung der Stromsteuer für alle Verbraucher*innen ist eine in der Breite wirksame Option zur Entlastung der Energiekund*innen und würde die Wirtschaftlichkeit von Sektorkopplungstechnologien stärken.

- Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist die Grundvoraussetzung für Klimaschutz. In den vergangenen Jahren wurden Weichen für einen zügigen Ausbau Erneuerbarer Energien gesetzt. Noch in dieser Legislaturperiode werden ausreichend Flächen für die Windkraft ausgewiesen, um die Ziele des Windflächenbedarfsgesetzes erfüllen zu können. Im Bereich der Photovoltaik wollen wir den Zubau verstärkt auf versiegelte Flächen lenken. Bioenergie ist ein Multitalent als Flexibilitätsoption für den Stromsektor, als Wärmequelle und zur Bereitstellung von erneuerbarem Kohlenstoff. Die Nutzung nachwachsender Rohstoff muss weiter zurückgefahren werden.

- Schneller werden müssen wir bei allen Maßnahmen des natürlichen Klimaschutzes. Das Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz muss auf Bundes- und Landesebene ambitioniert umgesetzt werden. Natürliche Senken müssen von Emittenten zu Klimaschützern werden. Gleichzeitig sind sie unsere Verbündeten beim Klimaschutz Das gilt auch für Flächen des Landes. Die Wiedervernässung von Mooren, die Neuwaldbildung, die Wiederherstellung von Seegraswiesen und die natürliche Entwicklung von Küstenökosystemen liegen im Überragenden Öffentlichen Interesse. Eine Änderung des Dauergrünlanderhaltungsgesetzes zulasten des Klima-, Gewässer- und Artenschutzes lehnen wir strikt ab.

- Vor dem Hintergrund der bestehenden Haushaltslücken ist es unausweichlich, dass auf Bundesebene endlich klimaschädliche Subventionen konsequent abgebaut werden. Die Erhöhung der Pendlerpauschale ist sozial ungerecht und klimapolitisch falsch. Wir fordern die Einführung eines einkommensunabhängigen und damit sozial gerechteren Mobilitätsgeldes,eine bundesweite Sozialstaffel beim Deutschlandticket sowie eine deutliche Jobticketausweitung und Cofinanzierung durch die Arbeitgeber. Ohnehin müssen Einnahmen aus dem Abbau klimaschädlicher Subventionen zwingend sozial gerecht und klimafreundlich verwendet werden. Neue Subventionen für klimaschädliche Technologien, wie es beispielsweise mit der Errichtung neuer Gaskraftwerke geplant ist, dürfen nicht auf den Weg gebracht werden.

- Fossile Lock-Ins müssen ausgeschlossen werden. Deshalb lehnen wir die Gasförderung vor Borkum und das dazugehörige Vertragsgesetz des Unitarisierungsabkommens strikt ab. Gleiches geht für das Ansinnen der Bundesregierung CCS an Gaskraftwerken zuzulassen und zu subventionieren.

- Der Weg in die Zukunft ist ein Weg der sauberen Technologien. Für die Wirtschaft ist das eine große Chance. Sie brauchen in der Phase des Markthochlaufs die Sicherheit, dass Produkte auch verkauft werden. Grüne Leitmärkte senden hier die notwendigen Signale und sind Voraussetzung für Innovation und Grünes Wachstum. Der Bund muss dringend in die Umsetzung der noch von der Ampel-Regierung vorgeschlagenen Instrumente zum Aufbau

der Grünen Leitmärkte gehen. Das gilt insbesondere auch für Produkte, die auf Grünen Wasserstoff setzen. Wir haben die klare Erwartung an die Bundes- und auch die Landesregierung, dass bei sämtlichen Infrastrukturinvestitionen sichergestellt wird, dass klimafreundliche Baustoffe und Materialien verwendet werden, damit der Markthochlauf gelingen kann. Die Verwendung sämtlicher Mittel des LuKiFG muss zwingend klimaangepasst und klimaschutzorientiert erfolgen.

- Die Wärmewende ist weiterhin der schlafende Riese des Klimaschutzes. Mit dem Wärmeplanungsgesetz ist die Kommunale Wärmeplanung zur Pflichtaufgabe für alle Gemeinden geworden. Längst ist klar, dass die Wärmepumpe kosteneffizient und wirksam ist. Ein Festhalten an Öl und Gas führt direkt in die Kostenfalle. Kommunen, Unternehmen, Eigentümer*innen und Mietende dürfen nicht durch eine neue Heiz-Debatte vollends verunsichert werden. Wir werden weder eine Abschaffung noch eine Entkernung des GEG mitmachen. Auf kommunaler Ebene dürfen Klimaschutzinvestitionen nicht an der Kommunalaufsicht scheitern. Es war die richtige Entscheidung dass unsere schwarz-grüne Landesregierung Anfang 2025 im Klimaschutzgesetz klipp und klar festgelegt hat, dass auch im Gebäudesektor ab 2040 keine CO2-Emissionen mehr entstehen dürfen. Daran werden wir nichts ändern. Die Umsetzung der Wärmepläne richten wir daran aus.

- Im Verkehrsbereich werden wir dafür sorgen, dass die mit dem LuKIfG zur Verfügung gestellten Schienen- und Radverkehrsmittel schnell und prioritär verbaut werden. Wir werden darauf drängen, dass Hein Schönberg noch in dieser Legislaturperiode auf allen Abschnitten fertiggestellt wird, dass die Stadtbahn ausfinanziert wird und dass zusätzliche Strecken reaktiviert und Takte auf bestehenden Linien verdichtet werden. Wir erwarten, dass bundesseitig die notwendigen Gelder und Ressourcen innerhalb der deutschen Bahn zur Verfügung gestellt werden und drängen weiterhin darauf, Strecken von der deutschen Bahn abzukaufen, um im Land schneller beim Ausbau der Schiene voranzukommen. Während wir in den letzten Jahren die Ladeinfrastruktur für Elektroautos auf ein im Bundesvergleich Topniveau gebracht haben, werden wir nun auch dafür sorgen, dass die Elektromobilität im straßengebundenen ÖPNV und Schwerlastverkehr kräftig voran kommt. Aufweichungen bei Flottengrenzwerten oder gar eine Aufhebung des Verbotes der Neuzulassung fossiler Verbrenner nach 2035 lehnen wir kategorisch ab.

Beim Klimaschutz geht es um nichts weniger als um die Zukunft der Menschheit auf der Erde. In den letzten Monaten ist das von interessierter Seite immer wieder in Zweifel gezogen worden. Aber jüngste Umfragen sowie der Bürgerentscheid in Hamburg zeigen, dass das Thema die Menschen weiterhin bewegt. Sie wünschen sich ernsthaften Klimaschutz. Dieser Wunsch steht, ebenso wie die klaren Botschaften

der Wissenschaft und des Bundesverfassungsgerichtes zum Klimaschutz weiter im Mittelpunkt unserer Politik.

Schleswig-Holstein hat das Zeug dazu, bis 2040 zum ersten Klimaneutralen Industrieland zu werden. Wir werden mit der Umsetzung, Ausfinanzierung und Fortschreibung des Klimaschutzprogramms ein Bündel von landespolitischen Maßnahmen umsetzen, weiter für entsprechende Rahmenbedingungen auf europäischer und nationaler Ebene streiten und es nicht zulassen, dass diese Zielsetzung von fossilen Lobbygruppen und rückwärtsgewandten politischen Kräften zulasten künftiger Generationen infrage gestellt wird.

Begründung

Zum Zeitpunkt unseres Landesparteitags findet in Belem die COP30 statt. Wir senden mit unserem Antrag ein klares Signal, dass wir im Kampf gegen die Klima- und Artenkrise Kurs halten. Wir kämpfen für eine lebenswerte Zukunft!

Das Jahr 2024 war sehr warm.
Es war das wärmste Jahr seit wir das Wetter aufzeichnen.
Das gilt für Schleswig-Holstein.
Die Klimakrise betrifft uns alle.
Die Ostsee ist in den letzten 30 Jahren 2 Grad wärmer geworden.
Die ganze Welt ist im Durchschnitt etwa 1,2 Grad wärmer geworden.
Mehr CO? wurde 2024 in die Luft geblasen.
Es gibt immer mehr extreme Wetter-Ereignisse.
In Europa sterben immer mehr Menschen wegen der Hitze.
Es sind Zehntausende Menschen pro Jahr.
Viele Menschen auf der Welt müssen wegen der Klimakrise wegziehen.
Es ist sehr wichtig, dass wir auf der Weltklimakonferenz in Belem Fortschritte machen.
Das ist auch für Schleswig-Holstein wichtig.

Aber es gibt auch gute Neuigkeiten.
Im Jahr 2024 waren fast alle neuen Kraftwerke, um Strom zu erzeugen, erneuerbare Energie-Kraftwerke.
Das war weltweit so.
Erneuerbare Energien machen schon 30% des gesamten Stroms aus.
In Schleswig-Holstein wird sogar doppelt so viel Strom aus erneuerbaren Quellen hergestellt, wie wir brauchen.
Die erneuerbaren Energien helfen uns dabei, unabhängiger von fossilen Brennstoffen zu sein.
Das hilft auch, dass die Energie billiger wird.
In Schleswig-Holstein bringen die erneuerbaren Energien neue wirtschaftliche Chancen.
Das hilft unserem Land in Deutschland und Europa.

Unterstützer*innen

Silke Backsen (KV Nordfriesland), Mathias Schmitz (KV Pinneberg), Alke Elisabeth Voß (KV Kiel), Joschka Knuth (KV Flensburg), Sophia Marie Pott (KV Lübeck), Nelly Waldeck (KV Kiel), Lasse Petersdotter (KV Kiel), Erika von Kalben (KV Pinneberg), Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg), Kai Hergert (KV Herzogtum Lauenburg), Jasmin Moreau (KV Herzogtum Lauenburg), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Alexander Winizki (KV Stormarn), Anke Erdmann (KV Kiel), Gazi Freitag (KV Plön), Jessica Leutert (KV Kiel), Stefan Alexander Mauel (KV Stormarn), Norbert Dick (KV Schleswig-Flensburg), Henning Vollert (KV Segeberg), Carsten Nielsen (KV Flensburg), Justus Riedlinger (KV Rendsburg-Eckernförde), Peer Lessing (KV Pinneberg), Kevin Skrzypczak (KV Kiel), Christoph Fischer (KV Segeberg), Martin Merlitz (KV Herzogtum Lauenburg), Bina Braun (KV Herzogtum Lauenburg), Lukas Unger (KV Pinneberg), Vincent Schlotfeldt (KV Plön), Milena Vanini (KV Kiel), Christof Martin (KV Rendsburg-Eckernförde), Zoé Engel (KV Lübeck), Silke Schneider (KV Lübeck), Jakob Everding (KV Plön), Michaela Dämmrich (KV Stormarn), Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde), Kurt Reuter (KV Stormarn), Dietmar Gosch (KV Stormarn), Martina Leverenz (KV Segeberg), Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn), Conny Clausen (KV Flensburg), Stefan Lansberg (KV Plön), Birgit Ott (KV Kiel), Wiebke Christin Nozulak (KV Stormarn), Detlef Ziemann (KV Stormarn), Ullrich Kruse (KV Stormarn), Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde), Annika Stahlhut (KV Stormarn), Florian Leifer (KV Stormarn), Falk Bednarski (KV Flensburg), Anita Davidse (KV Herzogtum Lauenburg), Birgit Graf (KV Herzogtum Lauenburg), Maria Fischer (KV Schleswig-Flensburg), Svea Balzer (KV Kiel), Reimo Schaaf (KV Ostholstein), Stephan Wisotzki (KV Lübeck), Jakob Hendrik Rühl (KV Ostholstein), Paulina Spiess (KV Kiel), Petra Kärgel (KV Pinneberg), Ulrike Täck (KV Segeberg), Katrin Stange (KV Pinneberg), Annette Granzin (KV Ostholstein), Elke Dullweber (KV Stormarn), Lukas Reithofer (KV Kiel), Ben Lüdke (KV Steinburg), Scarlett Schmit (KV Steinburg), Ines Strehlau-Thomas (KV Pinneberg), Gabriele Braune (KV Ostholstein), Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg), Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein), Lino Weiss (KV Kiel)